

Hannoversche Allgemeine

Samstag, 24. September 2011

Förderung für Arbeitslose neu geordnet

Berlin (afp/dpa). Der Bundestag hat eine Neuordnung der Förderprogramme für Arbeitslose verabschiedet. Künftig gibt es vor allem Maßnahmen, die auf rasche Eingliederung von Erwerbslosen in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sind. Die Jobcenter können viel selbst entscheiden. Dies beschloss der Bundestag am Freitag mit den Stimmen von Union und FDP. Die Oppositionsfractionen votierten geschlossen dagegen. Die Zustimmung des Bundesrates ist nicht mehr erforderlich.

Mit der Reform erhofft sich die Regierung Einsparungen von acht Milliarden Euro bis 2015. Die Zahl der Förderinstrumente reduziert sich um etwa ein Viertel auf etwa 30. Die Opposition warnte, wie zuvor schon Gewerkschaften und Sozialverbände, ein harter Kern von Langzeitarbeitslosen werde durch die „Rotstiftpolitik“ der Regierung ohne Chance auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt sein und dauerhaft abgehängt bleiben.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte, die Menschen müssten jetzt „passgenau qualifiziert werden“. Es stehe eine Milliarde Euro mehr zur Verfügung als 2005, als die Zahl der Arbeitslosen um gut zwei Millionen höher als heute gewesen sei. „Wir müssen weg von der künstlich geförderten Beschäftigung“, sagte sie.

SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil warf ihr versuchte Täuschung vor und bezifferte die Kürzungen bis 2015 auf 40 Milliarden Euro „zulasten von langzeitarbeitslosen Menschen“.